



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Bettina Wiesmann MdB: „Wir dürfen die Migranten auf den griechischen Inseln und dem Festland in ihrer Not nicht allein lassen. Die Zusage der EU, neue menschenwürdige Übergangslager an unseren Außengrenzen zu schaffen, muss schnellstmöglich umgesetzt werden.“

Berlin/Frankfurt am Main, 17.12.2020

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Mit dem „Weihnachtsappell für eine humanitäre Aufnahme Geflüchteter vor den griechischen Inseln“ fordern zahlreiche Mitglieder des Bundestags die Bundesregierung auf, sich stärker für eine Verbesserung der humanitären Situation der Migranten in Griechenland einzusetzen. Nach dem folgenschweren Brand im Flüchtlingslager Moria leben tausende Geflüchtete weiterhin unter menschenunwürdigen Zuständen. Die Lage im neu errichteten Übergangslager Kara Tepe ist besonders erschreckend und nochmals schlechter als im abgebrannten Camp Moria: Die Unterkünfte sind nicht winterfest, es fehlt an sanitären Einrichtungen und einer funktionierenden Stromversorgung, es kommt zu gewaltsamen Übergriffen gegen Kinder und besonders Schutzbedürftige.

Hierzu erklärt die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann (CDU), die den Appell ebenfalls unterzeichnet hat: „Wir dürfen die Migranten auf den griechischen Inseln und dem Festland in ihrer Not nicht alleine lassen. Die Vereinbarungen von Anfang Dezember, die Lage auf Lesbos endlich umfassend zu lösen, dulden keinen Aufschub: Das europäische Aufnahmezentrums, welches angemessene Bedingungen bieten und schnelle, faire Asyl-, Aufnahme- und Rückführungsverfahren ermöglichen soll, muss schnellstmöglich errichtet werden! Zu lange schon haben in den Flüchtlingscamps Bedingungen geherrscht, die Europas unwürdig sind. Die EU und Athen stehen jetzt im Wort“, unterstreicht Wiesmann und verweist auf die gemeinsame Absichtserklärung der Europäischen Kommission und Griechenlands, die Anfang Dezember unterzeichnet wurde. Sie sieht vor, ein neues Aufnahmezentrum auf der griechischen Insel Lesbos bis September 2021 aufzubauen, das durch eine verbesserte Organisation und unter Berücksichtigung der internationalen Standards den Bedürfnissen der ankommenden Migranten gerecht werden soll.

Weiter appelliert die Familienpolitikerin, die auch Mitglied der Kinderkommission des Bundestags ist: „Die derzeit herrschenden desaströsen Bedingungen treffen Kinder und Jugendliche ebenso wie werdende Mütter besonders hart. In der aktuellen Notlage können die Grundbedürfnisse der geschundenen Familien nicht annähernd erfüllt werden. Bis die Absichtserklärung umgesetzt ist, müssen wir deshalb alles tun, um gerade Familien mit Kindern deutlich besser zu versorgen - bis



hin zur Aufnahme weiterer Kontingente durch aufnahmebereite EU-Mitgliedsstaaten. Dabei sind auch wir nochmals gefordert, bis der Übergang in menschenwürdige Zustände bewältigt ist. Ich bitte die Bundesregierung, sich in diese Richtung nochmals kraftvoll einzusetzen - bei den europäischen Partnern und im eigenen Land“, argumentiert Wiesmann abschließend.